

Ein Weg zum Ziel: Vergesellschaftung und Demokratischer Sozialismus

Ralf Hoffrogge

(Beitrag zur Programmdebatte der LINKEN, 23.7.2026, <https://programm.die-linke.de/online-debattencamp/kapitalismus-sozialismus/>)

Berliner Banken warnen vor einem Investorenstreik, die Bundesregierung will sie per Sperrgesetz verbieten: Während das Kapital Vergesellschaftung und Gemeinwirtschaft als Systemalternative fürchtet, macht die Linke damit bisher nur Wohnungspolitik. Warum eigentlich?

Vergesellschaftung ist ein Hoffnungszeichen, doch sein Potenzial für eine Gesellschaftserzählung ist bisher kaum ausgeschöpft worden. Nach dem Berliner Volksentscheid zur Wohnungs-Vergesellschaftung wurde das Konzept als juristisches Instrument und Kampagnenbegriff in der Klimabewegung, teils auch in der Care-Debatte und in Kämpfen im Gesundheitsbereich angeeignet. Ein Konzept über einzelne Wirtschaftsbereiche hinaus entstand daraus jedoch nicht. Dabei könnte Vergesellschaftung für die Linke ein altes Dilemma lösen: die Verbindung von Fernziel und Tagespolitik. Programmziel der Partei Die Linke ist ein Demokratischer Sozialismus. Doch ihre jüngste Renaissance speist sich nicht aus sozialistischen Alternativen, sondern beruht auf neuer Glaubwürdigkeit in alten Abwehrkämpfen gegen Sozialabbau, Wohnungsnot und andere Zumutungen der Marktwirtschaft. Sozialismusdebatten bleiben dagegen akademisch, der Demokratischen Sozialismus markiert eher eine Wertegemeinschaft als eine politische Strategie. Vergesellschaftung könnte hier eine Brücke schlagen und Alltagskämpfe um Steuern, Preise, Mieten mit der Eigentumsfrage als Kern sozialistischer Politik zu verbinden. Vergesellschaftung wäre eine verbindende Erzählung für getrennte Kämpfe, gemeinsame Ansprache für die verschiedenen Milieus und Generationen einer durch den jüngsten Mitgliederzustrom erneuerten Partei. Um dies zu leisten, müsste die Linke jedoch mit dem Vergesellschaftungsbegriff arbeiten. Es reicht nicht, Kämpfe der sozialen Bewegungen nur zu unterstützen – die Linke muss wissen, wo sie mit ihrem Sozialismus hinwill. Sie muss die Strategie von Vergesellschaftung weiterdenken, indem sie diese auf Bereiche jenseits des Wohnens überträgt. Ein erneuertes Programm wäre ein erster Ansatzpunkt: Vergesellschaftung könnte darin ein roter Faden sein, der bisher unverbundene Forderungen zusammenführt.

Was ist mit Vergesellschaftung gemeint?

Vergesellschaftung bedeutet die Herstellung von demokratisch verwaltetem Gemeineigentum, wobei demokratische Selbstverwaltung den Unterschied zur Verstaatlichung ausmacht. Es geht um den Einstieg in eine Wirtschaftsdemokratie, in der Beschäftigte, aber auch Konsument:innen, Mieter:innen, und Patient:innen in die Planung von Produktion und Dienstleistungen mit einbezogen werden. Ihr spezifisches Wissen um Bedarf und Arbeitsbedingungen ermöglicht gute Arbeit und bessere Versorgung. Vergesellschaftung wird unter dem Eindruck der Berliner Mietenbewegung oft in eins gesetzt mit der Anwendung des entsprechenden Artikels 15 aus dem Grundgesetz, der die Überführung von Privat- in Gemeineigentum ermöglicht. Doch kann Gemeineigentum auch durch Ankäufe und Rekommunalisierungen geschaffen werden, durch Demokratisierung bestehenden Staatseigentums – oder als private Initiative durch Gründung einer Genossenschaft. Ziel linker Politik sollte es sein, Gemeineigentum mit einer Verknüpfung dieser Wege in großem Stil auszubauen und durch regulierende Förderung in selbstverstärkende Wirtschaftskreisläufe zu kanalisieren. Innerhalb des Kapitalismus entstünden so gemeinwirtschaftliche Sektoren, bei denen Versorgung im Vordergrund steht und Bedarf und Produktion durch demokratische Planung vermittelt werden. Überschüsse dieser Gemeinwirtschaft wären keine private Kapitalakkumulation, sondern gemeinsamer Reichtum. Als Startkapital könnten sie neue gemeinwirtschaftliche Kreisläufe in Gang setzen.

1. Sozialismus als laufender Widerspruch von Utopie und Alltag

Eine solche Systemalternative in den Alltag zu übersetzen, ist nicht immer einfach. Die Linke hat ihre neue Glaubwürdigkeit durch standhaften Protest gegen Rechtsruck und Sozialabbau erarbeitet. Beid Alltagsprobleme werden als Abwehr einer Verschlechterung gedacht, etwa in der gängigen Demo-Losung „Hoch mit den Löhnen, runter mit der Miete“. Die Sozialistische Bewegung dagegen entfernt sich aus dem Alltag, wenn sie eine grundsätzliche Alternative aufzeigen will. Die klassischen Programme der sozialistischen Arbeiterbewegung seit dem Kommunistischen Manifest lösen diesen Widerspruch durch eine Zweiteilung. Sie enthalten einen Teil, der Kapitalismusanalyse und die Begründung sozialistischen Gemeineigentums vereint. Als Einschub oder Schluss folgt eine Aufzählung von Tagesforderungen mittlerer Reichweite. Im Kommunistischen Manifest ist diese als 10-Punkte Katalog zwischendrin eingeschoben, im Erfurter Programm der SPD von 1891 macht sie fast die Hälfte des Textes aus.

Die zwei Ebenen klafften mitunter auseinander, doch im Idealfall wurden sie zusammengeführt durch die Praxis. Tageskämpfe verwirklichten Regulierungen, Sozialstaatlichkeit, Ausschnitte von Gemeineigentum. Gleichzeitig organisieren sie die Klasse für Kämpfe – „Revolutionäre Realpolitik“ frei nach Luxemburg.

2. Alltagskämpfe ohne Sozialismus?

Seit 1989 ging nicht nur für orthodox-kommunistische Parteien, sondern auch für andere Strömungen wie den Trotzkismus oder die linke Sozialdemokratie ein Bezugssystem verloren. Die einzige „real existierende“ nicht-marktförmige Wirtschaftsform löste sich auf. Das Denken in Alternativen wurde marginalisiert. **Sozialismus und Alltag fielen auseinander.** Die verbliebene Linke in Deutschland „löste“ den Widerspruch von Utopie und Alltag arbeitsteilig. Gewerkschaften und soziale Bewegungen organisierten anti-neoliberale Abwehrkämpfe, kämpften dabei jedoch nicht allein gegen Rechts – sondern gegen andere Linke, die sich um die Jahrtausendwende für eine Übernahme kapitalistischer Systemzwänge entschieden. Gerhard Schröder und Joschka Fischer bescherten der Bundesrepublik das Hartz IV-System, eine rot-rote Koalition privatisierte von 2002-2011 zehntausende Wohnungen in Berlin. In dieser Defensive konnten Gewerkschaften kapitalistische Sachzwänge nicht auflösen, auch ihr Widerstand nahm die Form betrieblicher oder nationaler Standortbündnisse im globalen Wettbewerb an. Klassenpolitik wurde verlernt und fragmentiert. Auch Antidiskriminierungspolitik und feministische Kämpfe, die lange in Gewerkschaften und Betrieben verankert waren, lösten sich aus Klassenkontexten. Sie drangen in die Mitte der Gesellschaft vor – aber verloren Trennschärfe zu individualistischen und liberalen Konzepten. Zwar erhob sich gegen diesen „progressiven Neoliberalismus“ auch Grundsatzkritik einer radikalen Linken – doch blieb dieser außerparlamentarische Linksradikalismus oft auf Appelle reduziert. Für viele Menschen, die in den 1990er oder 2000er Jahren erstmals links aktiv wurden, fand Politisierung im Diskurs statt, nicht über die Artikulation von Interessen. Die noch existierende Interessenpolitik war auf Teilbereichsbewegungen verteilt – von der Antifa bis zum Umweltschutz. Eine klassenpolitische Gemeinsamkeit oder eine Systemalternative war nicht sichtbar, dies begünstigte Projektionen sozialistischer Sehnsüchte auf Aufbrüche in Lateinamerika oder autoritäre Systeme wie China. Das große Verdienst der PDS von 1990 und der Linken ab 2007 war, dass sie in dieser welthistorischen Defensive des Sozialismus ein **Gegengewicht zur Fragmentierung** anbot. Trotz mancher Verstricktheit bündelte die Partei Kräfte gegen die Logik der neoliberalen Alternativlosigkeit. Es gelang, im Osten eine Partei links der Sozialdemokratie als **organisierenden Rahmen** zu erhalten und diese für Westdeutschland ganz neu zu schaffen.

3. Erfurter Programm

Als Selbstverständnis gab sich die PDS ein normatives Fundament, den **Demokratischen Sozialismus**. Dieser Zielbegriff prägte auch 2011 das Erfurter Programm, er war definiert als

doppelte Abgrenzung: zum „Stalinismus als System“ und zum Neoliberalismus der 1990er und 2000er Jahre. Die Neubestimmung des Sozialismus war Negation – man wusste, was man nicht wollte. Das Erfurter Programm benannte zwar auch positiv formulierte „**Grundideen**“: individuelle Freiheit, sozial-ökologischer Umbau und Überwindung des Kapitals. Diese drei Grundideen wurden jedoch relativ schnell in Fachpolitik übersetzt, in detaillierte Forderungen zu Rente, Inklusion, Mitbestimmung. Somit fehlt heute im Programm der Linken eine mittlere Ebene: die Verbindung zwischen Utopie und Alltag. Zwar gibt es Verweise auf historische Transformationsstrategien wie das von Fritz Naphtali 1928 formulierte Konzept der „Wirtschaftsdemokratie“ (S. 29). Doch das Programm definiert keine eigene Transformationserzählung. Dies erklärt sich daraus, dass eine solche Erzählung in den fragmentierten sozialen Kämpfen der 2000er Jahre nicht aufzufinden war. „Eine andere Welt ist möglich“ war seinerzeit die Losung der Globalisierungskritischen Bewegung – da, wo Linke in den 2000er Jahren miteinander und nicht gegeneinander kämpften, herrschte Optimismus, aber auch Unbestimmtheit.

4. Ein aufsuchender Politikstil

Seit Mitte der 2010er Jahre, getriggert durch die Finanzkrise, erleben wir Suchbewegungen in Richtung einer **erneuerten Verbindung von Sozialismus und Alltagskämpfen**. Entstehungsort ist eine zweite Generation anti-neoliberaler Abwehrkämpfe, aus denen mittlerweile Elemente einer Transformationsstrategie hervortreten. Diese sind *Vergesellschaftung* als inhaltliche Forderung, sowie ein neues Organizing, Haustürgespräche oder Sozialsprechstunden als alltagsbezogener, *aufsuchender Politikstil*.

Geburtsort dieses Stils waren die Mietenbewegung, sowie Streiks im Gesundheitswesen für bessere Versorgung und höhere Personalschlüssel – Streiks also, die über Lohnfragen hinausgehen und teils als soziale Bewegung geführt wurden. Beispiele sind der erfolgreiche Kampf für einen Entlastungstarifvertrag an der Berliner Charité von 2015, die Berliner Krankenhausbewegung von 2021 oder die zeitgleichen Kämpfe um die Entprivatisierung der hessischen Universitätskliniken. Unterstützt wurden solche politischen Arbeitskämpfe durch die Einführung des Organizing in DGB-Gewerkschaften in den 2010er Jahren. Das Handwerk des Organizing wurde ab 2016 als Community-Organizing in der Mietenbewegung vom Betrieb in die Nachbarschaften geholt, in den 2020ern fand es Eingang in Wahlkämpfe der Linken. Mit Organizing wurde Bewegung nicht mehr durch voluntaristische Appelle herbeigerufen – neu politisierte Linke fanden einen Werkzeugkasten für Interessenpolitik vor. Flankiert wurde die Organisation von Interessen durch das Ringen um Alltagsnähe der Partei – davon zeugen neu eingerichtete Sozialsprechstunden oder die Debatte um eine Gehaltsdeckelung von Mandatsträgern. Hier aktualisierte der alltagsnah-aufsuchende Politikstil Erfahrungen der PDS als „Kümmererpartei“ in den 1990ern, verband das Kümmern jedoch mit gezielter Aktivierung.

5. Vergesellschaftung als neue Erzählung

Der aufsuchende und organisierende Politikstil wird aktuell gepaart mit zwei Erzählungen: zum einen mit *sozialdemokratisch-antineoliberalen Forderungen* wie Preiskontrollen und *Umverteilung* durch Steuern („Tax the rich“), zum anderen mit *Vergesellschaftung*. Die Überführung in „Gemeineigentum“ oder „andere Formen der Gemeinwirtschaft“ (Art. 15 GG) wurde als Gegensatz zur Privatisierung populär. Ihr Ursprung war eine ältere Welle von Kämpfen um Re-Kommunalisierung einst privatisierter Bereiche der Daseinsvorsorge in den 2000er und 2010er Jahren. Zu den größten Rekommunalisierungskämpfen zählt eine seit 2011 in Berlin begonnene Serie von Volksentscheiden, die sich im Rückblick als Bewegung für Gemeingüter lesen lässt: ein Wasservolksentscheid 2011 gegen die Privatisierung der Wasserbetriebe, ein Volksentscheid zur Rettung des Tempelhofer Feldes als öffentlicher Park 2014, ein in der Abstimmung gescheiterter aber im Agendasetting erfolgreiche Energievolksentscheid von 2013, der zur Errichtung eines Städtischen Stromversorgers führte – und der erste Mietenvolksentscheid 2015,

der für Erhalt und Demokratisierung der landeseigenen Berliner Wohnungsunternehmen antrat. Aus diesen Rekommunalisierungskämpfen entstand 2016–2018 die Initiative Deutsche Wohnen & Co Enteignen (DWE) mit ihrer Vergesellschaftungsforderung.

Ab 2019 gab es, getriggert durch den Volksentscheid der Initiative, einen Hype um Vergesellschaftung. Der Abstimmungserfolg im September 2021 war die erste Volksabstimmung mit Mehrheit für Vergesellschaftung in Deutschland seit der Verabschiedung der Hessischen Verfassung 1946. Die sozialen Bewegungen bezogen den Begriff aus dem Grundgesetz – dies stand für Machbarkeit und Legalität. Der Verfassungsbezug erleichterte die Verbindung von Alltagsforderungen und Utopie. Hinter dem Artikel 15 stand jedoch ein sozialistisches Instrument aus den 1920er/1940er Jahren – der Berliner Volksentscheid demonstrierte, dass dafür eine Millionenmehrheit mobilisierbar ist. Die Vergesellschaftungsforderung wurde ab 2021 übernommen in Linkspartei, Klimabewegung, Protesten im Gesundheitswesen, feministischen Kämpfen um Sorgearbeit.

6. Grenzen dieser Erzählung

Jedoch wurde der Berliner Vergesellschaftungs-Volksentscheid seit mittlerweile fünf Jahren nicht umgesetzt. Grund sind juristische Verschleppungen, aber auch eine nachlassende soziale Bewegung und ein gesellschaftlicher Rechtsruck. Die Renaissance der Vergesellschaftung seit ihren ersten Erwähnungen in der Mietenbewegung um 2016 war nicht Teil eines neuen 1968, sondern ein **Linksruck im Rechtsruck**. Die Übertragung der Vergesellschaftungs-Erzählung in andere Regionen und Themenfelder stieß auf Grenzen: Der 2022 gestartete Volksentscheid „Hamburg Enteignet“ wurde vor Gericht verschleppt und schließlich zurückgezogen. Die 2021 gegründete Kampagne „RWE-Enteignen“ wuchs bisher kaum aus der radikalen Linken hinaus. In der Klimabewegung gibt es seither viele Debatten, aber keinen Akteur, der erfolgreich für Vergesellschaftung mobilisiert. Im Gesundheitswesen gab es zwar Vergesellschaftungsbewegungen wie die 2021 erhobene Forderung nach Vergesellschaftung der Unikliniken Gießen/Marburg oder die Allianz von DWE und Berliner Krankenhausbewegung im Sommer 2021. Doch dominieren tariffähige Themen gewerkschaftliche Kämpfe selbst da, wo sie von linken, Organizing-affinen Leuten vorangetrieben werden. Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine 2022 und der damit Wende zu Aufrüstung und Austerität steht Deutsche Wohnen & Co Enteignen wieder alleine da – sie ist die einzige Vergesellschaftungsbewegung, die nach wie vor öffentlichen Druck ausübt.

Warum stockt die Vergesellschaftungsbewegung?

Die jüngste Renaissance der Vergesellschaftung wurde von sozialen Bewegungen vorangetrieben. Doch diese Bewegungen bearbeiten je ein begrenztes Themenfeld. Eine weltanschauliche Verbreiterung der Erzählung „Vergesellschaftung“ ist von Ihnen nicht zu erwarten. Und anders als bei vorangegangenen Kämpfen um Rekommunalisierung gibt es bisher kein Erfolgsbeispiel. Dies hat dazu geführt, dass vielerorts eine abwartende Haltung entstand, die der Berliner Initiative Deutsche Wohnen & Co. Enteignen das Handeln überließ. Sozialen Bewegungen stehen als Machtmittel allerdings nur symbolischer Druck durch Demos und Proteste oder Volksentscheide zur Verfügung. Letztere sind aufwendig und in Flächenländern oft aussichtslos. In Gewerkschaften, die zusätzlich über das Machtmittel des Streiks verfügen und eine breitere gesellschaftliche Basis haben, findet Vergesellschaftung dagegen kaum statt. Gewerkschafter:innen, die dafür brennen, tun dies in ihrer Freizeit. Einige Gewerkschaftsgliederungen wie etwa jüngst der Berliner DGB unterstützten Vergesellschaftungsbewegungen. Sie rufen zur Stimmabgabe auf – haben aber das Konzept bisher nicht auf die Produktions- oder Dienstleistungsbereiche übertragen, in denen sie organisieren. Was beim Wohnraum mehrheitsfähig ist, ist im Betrieb kaum denkbar. Gewerkschaftliches Organizing ist auf tariffähige Themen beschränkt, es gibt fünf Jahre nach dem Berliner Volksentscheid keine neue Wirtschaftsdemokratie-Debatte, die in Betrieben relevant wäre.

Infolgedessen **fehlt der Vergesellschaftung bisher die Klassenbasis**. Offenheit ist da, doch gerade engagierte und fortschrittliche Gewerkschaftsmitglieder sind voll ausgelastet mit Abwehrkämpfen.

7. Aufgaben der Linken

Wenn Vergesellschaftung kein Modebegriff bleiben soll, muss er zur gesamtgesellschaftlichen Erzählung ausgearbeitet werden. Die sozialen Bewegungen alleine können dies nicht leisten, und in den Gewerkschaften spielt das Konzept (noch) keine Rolle für die Tagespolitik. Die Linke dagegen ist gerade auf der Suche nach einer Erzählung, wie sie von der jetzigen in die nächste Gesellschaftsformation gelangt. Sie braucht einen *Prozessbegriff*, der den demokratischen Sozialismus als *Zielbegriff* ergänzt – einen Begriff, der nach außen mobilisiert und nach innen integriert.

Folgende Gründe sprechen dafür, dass Vergesellschaftung dieser Begriff sein könnte:

Vergesellschaftung ist Systemalternative: Der Begriff ist transformationstauglich. Er hat das Potenzial, Tagesforderungen aus Alltagskämpfen mit weitergehenden Zielen zu verknüpfen. Er steht gegen den Markt und verweist auf eine positive **Alternative**.

Vergesellschaftung ist Klassenpolitik: Vergesellschaftung polarisiert und mobilisiert entlang einer oben/unten-Achse, also klassenpolitisch. Die Herstellung von Gemeineigentum ist attraktiv für feministische und antirassistische Kampffelder. Wo ein Begriff wie „Privileg“ die Frage nach Verzicht der bisher „privilegierten“ Mittelschichten aufkommen lässt und trotz analytischer Berechtigung spaltend wirken kann, betont Vergesellschaftung gemeinsame Interessen in einem Mitte-Unten Bündnis. Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb der arbeitenden Bevölkerung werden dabei nicht negiert, sondern Aushandlungen zugänglich gemacht.

Vergesellschaftung ist Heimat:

Die neue Vergesellschaftungsbewegung ist entstanden aus Kämpfen um das eigene Heim. Bis heute greift die Mietenbewegung mit ihren Kiez- und Stadtteilinitiativen lokale Identitäten auf, ohne andere auszuschließen. Sie hat migrantische Lebenswelten im Alltag verteidigt. Als Gegner markiert sie nicht die Konkurrenz aus China oder Geflüchtete, sondern Kapitalgesellschaften. So gelang es DWE mit der 3000er Schwelle, den Mythos vom „Kleinvermieter“ zu sprengen. Enteignung wurde sprechfähig, ohne Eigenheimbewohner zu vergraulen. Anders als Verstaatlichung oder Nationalisierung zielen aktuelle Vergesellschaftungsforderungen auf kommunales Eigentum – sie ist nahbar, nicht national. Vergesellschaftung verteidigt Heim und Heimat ohne jedes Zugeständnis an rechten Menschenhass.

Vergesellschaftung ist machbar: Der Begriff ist dem Grundgesetz entlehnt. Er bietet einen Hebel für eine neue Lesart der Verfassung – sie ist nicht das Ende der Geschichte, sondern ein offener Gesellschaftsvertrag. Gleichzeitig bieten sich unter dem Begriff Vergesellschaftung mit Rekommunalisierungen, Genossenschaftsgründungen und der Anwendung des Artikels 15 konkrete juristische Lösungen an. Vergesellschaftung ist als Reform umsetzbar, aber revolutionär in der Wirkung.

Vergesellschaftung verbindet Ost und West: Auf den ersten Blick ist Vergesellschaftung so westdeutsch wie nur irgendwas – eine Verfassungsnorm aus der Adenauerzeit, dem Osten im Oktober 1990 übergestülpt. Doch gerade deshalb konnte der Begriff nicht mit antikommunistischem Gestus weggewischt werden. Er ist selbst für die borniertesten westdeutschen Leitartikler kein „Außen“, sondern etwas „Eigenes“ (wenn auch erklärungsbedürftiges) aus der Gründerzeit der Republik. Doch gleichzeitig war Vergesellschaftung auch im Verfassungsentwurf des Runden

Tisches von 1989 enthalten, die Demokratisierung des Volkseigentums war eine Forderung von Generationen sozialistischer Dissidenten in der DDR und Osteuropa. Und so gelang der Berliner Mietenbewegung mit Vergesellschaftung eine Ost-West Mobilisierung, die auch das Erbe des DDR-Wohnungsbaus einbezog – etwa beim Kampf um Re-Kommunalisierung der Karl-Marx-Allee zur Jahreswende 2018/19.

Vergesellschaftung als roter Faden im Programm der LINKEN

Vergesellschaftung ist ein Prozessbegriff, etwas im Werden. Sie ist keine starre Utopie und keine fertige Blaupause. Vergesellschaftung ersetzt nicht das Denken, sondern fordert zum Denken auf – wie kann Gemeinwirtschaft in Kommunen, Ländern, im nationalen Rahmen umgesetzt werden? Diesen Denkprozess müssen wir gemeinsam leisten. Die Linke sollte deshalb Vergesellschaftung als roten Faden ins Programm übernehmen und Konzepte jenseits des Wohnens entwickeln. Da wir im Programm Grundsätze formulieren, könnten dies ganz kleine Anfänge sein – etwa im Bereich Wohnen und Gesundheit:

Wohnen: Die Kombination von Mietendeckel und Vergesellschaftung von Großvermietern in einem Bundesland schützt nicht nur die Mieter:innen, sondern spart auch Wohngeld & Unterkunftskosten. Dies bietet Ressourcen für klimaneutrale Sanierung und Neubau. Der Rückzug privaten Kapitals bringt Bodenpreissenkungen und erleichtert Genossenschaften und gemeinnützigen Bauträgern den Einstieg. Immer mehr Boden wird dauerhaft der Spekulation entzogen.

Gesundheit: Ein Gewinnerzielungsverbot für Krankenhäuser macht den Sektor für Konzerne unattraktiv. Kommunale und gemeinnützige Träger können übernehmen, Gewinne fließen nicht mehr an Aktionäre ab, es bleiben Ressourcen für gute Löhne und mehr Personal. Statt Abwehrkämpfen können Gesundheitsbeschäftigte ihr Wissen in die demokratische Krankenhausplanung einbringen und es für systemische Verbesserungen nutzen.

Ein erneuertes Programm müsste solche Erzählungen etwas weiter treiben – aber keineswegs bis zum Gesetzesentwurf ausführen. Es ginge eher darum, von einer Summe fachpolitischer Einzelforderungen zu einem richtungsweisenden Dokument zu kommen. Damit hätte Linke Politik einen Kompass vom Alltag zur Systemalternative.